

Arbeit und Einkommen sind SOZIALE RECHTE

Sie haben reagiert. Sie beschimpfen uns als Traumtänzer und Populisten und widersprechen sich darin, ob Hartz IV nachgebessert werden kann oder nicht. Die Montagsdemos zeigen Wirkung – mehr als alle Proteste vorher. Und die Wirkung wird sich noch steigern, wenn die große Koalition (fast) aller im Bundestag vertretenen Parteien bei den Kommunalwahlen in NRW, bei den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg die Quittung bekommt. An dem Punkt sind sie empfindlich.

Das zeigt uns: Wir können etwas erreichen. Wir müssen nur beharrlich sein und einen langen Atem haben.

Sie verbreiten Unwahrheiten: Es ist nicht wahr, dass »nur Besserverdienende« jetzt ins Nichts fallen und bisher Sozialhilfebeziehende sich mit dem ALG II besser stellen. Zwar wurde der Regelsatz von 289 auf 345 Euro im Westen erhöht, aber dafür fallen die ergänzenden Leistungen, die bisher geholfen haben, den realen Bedarf zu decken, weg. Das ALG II berücksichtigt die Bedarfsdeckung nicht mehr.

Kinder werden massiv schlechter gestellt. Die Regelleistungen für Kinder von 7 bis 17 Jahren liegen um 5 bis 10 % unter der heutigen Sozialhilfe. Das Kindergeld wird als Einkommen voll angerechnet. Mit Ausnahme von Klassenfahrten gibt es keine Unterstützung für schulbedingte Kosten mehr.

Sie rühmen sich, Hartz IV würde greifen, weil die Menschen jetzt so richtig Existenzangst bekommen und nach jedem Strohalm greifen. Unsere Angst vor dem sozialen Absturz feiern sie als ihren Erfolg. Was könnte deutlicher zeigen, dass es in so einer Gesellschaft keine Zukunft mehr gibt – nicht für uns und nicht für unsere Kinder?

Wir müssen umsteuern – in Deutschland und in

der EU: Vermögende und Kapitalbesitzer müssen wieder Steuern zahlen; es muss eine Höchstgrenze für Einkommen geben. Die Lohnsteuerzahlenden, die den Staat hauptsächlich finanzieren, haben ein Recht darauf, dass mit ihrem Geld gesellschaftlich nützliche und sinnvolle Arbeitsplätze geschaffen werden. Ein Arbeitsplatz und ein Einkommen, von dem man leben kann, das sind soziale Grundrechte:

■ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich europaweit

■ gesetzlicher Mindestlohn (die Gewerkschaft NGG fordert 1500 Euro, die Europäische Sozialcharta 1850 Euro)

■ Untergrenze für Rente und Transferleistungen: 1000 Euro.

Der Reichtum, den wir erwirtschaften, steigt von Jahr zu Jahr. Aber die ihn erwirtschaften, werden immer ärmer. Weil die Kapitalbesitzer über die Politik bestimmen. 1989 konnten Montagsdemos (und das Nichteingreifen der sowjetischen Truppen) das Regime in die Knie zwingen, weil sein Bestand von der Zustimmung der Bevölkerung abhing. Im Kapitalismus hängt die Macht der Unternehmer und der Politik vom Reichtum ab, den wir ihnen erlauben, aus uns herauszupressen. Montagsdemos können nur der Anfang sein. Die Gewerkschaften sind in der Pflicht, auch mit Arbeitskampfmaßnahmen. Der DGB muss seine skandalöse Haltung aufgeben, die versucht, bundesweiten Widerstand gegen Hartz IV abzublocken, nur um eine Regierung zu retten, die eh nicht zu retten ist.

Die Proteste bündeln sich. Eine bundesweite Koordination der Montagsdemos wird vorbereitet. Alle Kräfte, die die Demonstration am 3. April getragen haben, müssen jetzt mit einsteigen. Wie brauchen eine neue Großdemonstration im Herbst – bevor Hartz IV in Kraft tritt.

isl
internationale sozialistische linke

SoZ **Sozialistische Zeitung**

Die **SoZ** bringt jeden Monat Berichte und Analysen zum täglichen kapitalistischen Irrsinn und steht für eine demokratische sozialistische Alternative

Kostenlose Probeausgaben bestellen!

Bestellung an: SoZ-Verlag, Dasselstr. 75–77, 50674 Köln

Fon (02 21) 9 23 11 96 · <redaktion@soz-plus.de> · <www.soz-plus.de>

Kontakt: internationale sozialistische linke (isl) c/o SoZ-Verlag, Dasselstr. 75–77, 50674 Köln

<isl@die-welt-ist-keine-ware.de> · <www.die-welt-ist-keine-ware.de> · V. i. S. d. P.: Angela Klein, c/o SoZ-Verlag